

(Namentliche Abstimmung von 13.56 bis 14.01 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist um. Ich schließe die namentliche Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und dem Plenum zur gegebenen Zeit mitgeteilt. – Wir fahren mit der Tagesordnung fort. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Die Listenummer 4 ist von der Abstimmung ausgenommen, da sie gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 5 beraten werden soll. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2 – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, kann ich fortfahren. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten
Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und
Fraktion (CSU)
Umsetzung der Energiewende (Drs. 17/554)
- geänderte Drucksache -**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haltung und Abstimmungsverhalten der
Staatsregierung zur HGÜ-Stromleitung
Lauchstädt-Meitingen (Drs. 17/556)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a.
und Fraktion (SPD)
Stromtrassen durch Bayern - Erdverkabelung
priorisieren (Drs. 17/559)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erdverkabelung bei geplanter HGÜ Leitung
Lauchstädt-Meitingen möglich machen
(Drs. 17/561)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windenergie in Bayern voranbringen (Drs. 17/565)**

Zu den aufgerufenen Dringlichkeitsanträgen sind jeweils namentliche Abstimmungen beantragt. Das habe ich bereits vor 20 Minuten mitgeteilt, sodass die Fristen eingehalten sind. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Zunächst hat Herr Ministerpräsident Seehofer das Wort. Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident meine Damen und Herren, zunächst möchte ich unsere Energieministerin entschuldigen. Sie ist die Hauptrednerin beim Rossmarkt in Berching.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die wird gerade ausgepiffen!)

Viele wären froh, wenn sie eine Einladung bekommen würden.

(Beifall bei der CSU)

Sie wird im Laufe der Debatte zu uns stoßen. Drei Tatsachen zur Energiepolitik: Erstens. Die Bayerische Staatsregierung war und ist die Initiatorin der Energiewende.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie bekennt sich uneingeschränkt zu dieser Energiewende. Sie wird die Bundesregierung auf dem richtigen Weg zu einer verantwortlichen und nachhaltigen Energieversorgung der Zukunft unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist und bleibt in Deutschland irreversibel. Der Bund hat als Ziel ausgegeben, bis zum Jahre 2020 35 % des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien zu beziehen. Meine Damen und Herren, Bayern erreicht dieses Ziel bereits im Jahre 2014.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind der Zeit weit voraus. Bayern bekommt den größten Anteil aus dem Topf der EEG-Umlage. Der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" von gestern ist zu entnehmen: Das Revier gehört zu den Verlierern, Bayern zu den Gewinnern. Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: "Das Revier ist Lastesel der Energiewende. Das zu ändern ist Chefsache, also die Aufgabe von Hannelore Kraft." Die Meinung außerhalb der bayerischen Grenzen ist: Bayern ist Gewinner der Energiewende, das Revier der Verlierer. Deshalb sage ich: Bayern steht nicht auf der Bremse, Bayerns steht auf dem Gas. Wir sind hoch erfolgreich und werden auf diesem Weg weitergehen.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings muss man bei einem hohen Tempo den Überblick behalten. Ich habe den Eindruck, manche haben den Überblick verloren.

(Lachen bei der SPD)

- Dieses Gelächter habe ich in den letzten fünf Jahren schon oft gehört. Das Ergebnis ist die absolute Mehrheit für die CSU. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Tatsache: Die zentralen Weichen für das Gelingen der Energiewende sind ausschließlich auf Bundesebene zu stellen. Wir setzen die Energiewende um. Das tun wir mit Nachdruck. Die Weichen in allen Grundentscheidungen fallen in Berlin. Das hat die Bundesregierung, die Große Koalition, noch einmal in Eckpunkten festgehalten. Für diejenigen, die es nachlesen wollen, ist auf Seite 1 der Eckpunkte schön aufgelistet, was von der Bundesregierung auf Bundesebene an Weichen zu stellen und von den Ländern umzusetzen ist. Die Verantwortung liegt also beim Bund. Wir unterstützen den Bund bei der Umsetzung, und zwar nachhaltig. Wenn wir hier und da einmal Änderungsvorschläge haben, torpedieren diese nicht

das Ziel der Unterstützung. Wir bemühen uns gemeinsam – übrigens auch mit dem grünen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg –, einen nationalen Konsens hinzubekommen. Ich möchte der SPD und Ihnen, Herr Rinderspacher, sagen: Wir stehen in regelmäßigem Kontakt mit dem für Energie zuständigen Bundesminister und SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel, auf Arbeitsebene, auf Ministerebene, auf Ministerpräsidentenebene und gemeinsam mit der Bundeskanzlerin. Den letzten Kontakt gab es gestern. Ich kann Ihnen nur eines sagen, und darüber bitte ich Sie nachzudenken: Für den Bayerischen Ministerpräsidenten ist es beim Thema Energiewende mittlerweile einfacher, mit dem SPD-Bundesvorsitzenden über die Berücksichtigung von bayerischen Anliegen zu reden, als mit der bayerischen SPD. Das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich bin hier nicht sensibel. Ich lade Sie ein, mit uns zu reden, damit es zu diesem großen nationalen Anliegen auch auf bayerischer Ebene, jedenfalls zwischen den Parteien der Koalition von Berlin, möglichst konsensuale Ergebnisse gibt. Wir können aber auch im Streit mit diesem Thema umgehen, nicht dass Sie glauben, das sei jetzt ein unanständiges Angebot. Wir streben das Gespräch mit Ihnen nur an.

Drittens. Die Bayerische Staatsregierung sieht für das Gelingen der Energiewende genauso wie die Bundesregierung drei vordringliche Herausforderungen; Herausforderungen, die jetzt, im ersten Halbjahr 2014, zu lösen sind: erstens die Dämpfung des Strompreises durch eine Reform des EEG, des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, zweitens den Schutz industrieller Arbeitsplätze durch eine Entlastung stromintensiver Betriebe und drittens die Gewährleistung der Versorgungssicherheit insbesondere in Süddeutschland. Auch das ist auf Seite 1 des Eckpunktepapiers der Koalition niedergeschrieben.

Die Dämpfung der Strompreise ist erstens im Hinblick auf die Arbeitsplätze notwendig. Die EEG-Umlage hat sich in den letzten Jahren verdreifacht. Das hat mit dazu beigetragen, dass mittlerweile 52 % des Strompreises durch Umlagen und Abgaben belastet sind. Die Dämpfung des Strompreisanstieges ist zweitens aber auch ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Das habe ich übrigens am Samstag beim DGB mit großer Zustimmung zum Ausdruck gebracht.

Meine Damen und Herren, die auf lange Zeit durch das Gesetz festgeschriebenen Renditen aus Windkraft- und Solarenergie, die zum Strompreisanstieg maßgeblich beigetragen haben, belasten in überproportionaler und besonderer Weise die kleinen Einkommen. Ich halte es für unseren gemeinsamen Auf-

trag – das schreibt übrigens auch die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" sehr offen,

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Wengert, dass wir bei der Dämpfung der Strompreise zusammenhelfen. Ich will den Gesamtüberblick geben, den vielleicht der eine oder andere verloren hat.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der zweite Punkt betrifft die Arbeitsplätze. Heute gibt es im EEG eine Ausgleichsregelung für stromintensive Betriebe. Davon sind in Bayern annähernd 100.000 Arbeitsplätze betroffen. Es gehört vor allem zu meiner Verantwortung, aber auch zur gemeinsamen Verantwortung dieses Hauses, dass im Zusammenhang mit der Energiewende die Arbeitsplätze, die es in Bayern im stromintensiven Bereich gibt, in keiner Weise gefährdet werden. Das ist ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Windkraft-Arbeitsplätze wandern doch schon weg!)

- Zur Windkraft sage ich Ihnen gleich etwas. Ich meine die Arbeitsplätze in den 500 stromintensiven Betrieben. Um auf Ausführungen einzugehen, die ich das letzte Mal von der grünen Seite gehört habe: Dazu gehören weder die Allianz-Arena noch irgendein Golfplatz. Es sind stromintensive Betriebe. Ich besuche die Betriebe in Oberfranken, in Oberbayern, in Niederfranken und überhaupt überall. Ich lade Sie alle ein, nicht nur mit den Unternehmensleitungen, sondern auch mit den Belegschaften zu reden; dann werden Sie die Ängste registrieren, die es dort gibt, wenn wir diese energieintensiven Betriebe höher belasten. Das darf im Interesse der Gesamtlage Bayerns nicht geschehen.

(Beifall bei der CSU)

Bei der Dämpfung der Energiepreise beziehungsweise zur Umlage haben wir als Bayern ein Sonderanliegen. Es zielt auf die Förderung der Biomasse. Die Biomasse wird am Ende unserer Energiewende etwa 10 % des Stromverbrauchs in Bayern sicherstellen. Wir wollen, dass die Biomasse gegenüber anderen Energieträgern nicht benachteiligt wird. Das gilt für die Ausgestaltung der Einspeisevergütung ebenso wie für den Ausbaukorridor. Dieses Anliegen ist in den nächsten sechs Monaten besonders vordringlich.

Dabei ist auch die Sicherung der Grundlastversorgung zu berücksichtigen. Wir können die erneuerbaren Energien noch verdreifachen, vervierfachen und verfünffachen. Solange wir die erneuerbaren Energien, insbesondere Wind- und Sonnenenergie, nicht in großem Umfang speichern können, müssen wir daneben immer auch einen zweiten Pfad gehen – das entspricht übrigens auch völlig der Auffassung des Bundesenergieministers -, der dann, wenn erneuerbare Energien nicht zur Verfügung stehen, für die industriellen Arbeitsplätze und für die Verbraucher die Stromsicherheit gewährleistet.

Das dritte große Anliegen für uns in Bayern ist also die Sicherstellung der Grundversorgung. Deshalb legen wir darauf Wert, dass wir im ersten Halbjahr 2014 gemeinsam mit dem Bund für Süddeutschland die Grundlastfähigkeit sicherstellen. Dabei unterstützt uns auch der baden-württembergische Ministerpräsident. Das soll nicht erst irgendwann der Fall sein. Das ist übrigens wichtiger als alles andere, was zurzeit diskutiert wird. Jetzt muss die Grundlastfähigkeit sichergestellt werden. Wir wollen nicht, meine Damen und Herren, dass zur Sicherstellung der Grundlastversorgung Importstrom aus Kernkraft- oder Kohlekraftwerken nach Deutschland gelangt. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Braunkohle!)

Ich komme noch zu zwei Besonderheiten, zunächst zum Wind, und bitte alle Kolleginnen und Kollegen, unser Papier vom 24. Mai 2011, aus der Zeit des Beginns der Energiewende nach dem Reaktorunglück von Fukushima, zu lesen. Darin haben wir zum Thema Wind festgehalten, dass wir den raum-, natur- und landschaftsverträglichen Ausbau wollen und dass die Frage, in wie viele Windkraftträder wir in Bayern investieren können, maßgeblich von der Bürgerakzeptanz abhängt. Das trifft gerade für die Windkraft zu. Das haben wir damals schon, im Mai 2011, festgehalten. Im Mai 2011 haben die Staatsregierung und auch die Mehrheitsfraktionen hier darauf hingewiesen, dass wir eine Veränderung von § 35 des Bundesbaugesetzbuches brauchen. Dieser Paragraph privilegiert die Windkraftträder im Außenbereich. Wir haben damals schon verdeutlicht, dass wir eine Novelle von § 35 brauchen, die zu einer relativen Privilegierung führt. Wir streben an, dass letzten Endes die Gemeinde entscheidet, was innerhalb einer Gemeinde stattfindet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist etwas ganz Neues!)

Das ist eine sehr gute Regel. Wir werden die Öffnungsklausel, die uns der Bund und die gesamte Große Koalition geben, in Bayern zur Regelung der Abstände zwischen der Wohnbebauung und Windkraftanlagen nutzen. Von diesen Abständen kann wie im Baurecht generell abgewichen werden. Wenn Sie privat ein Wohnhaus bauen, können Sie mit der Unterschrift eines Nachbarn von vorgegebenen Abständen in einem gewissen Umfang abweichen. Deshalb befürworten wir grundsätzlich die relative Privilegierung mit klaren Abstandsregeln im Gesetz. Wenn aber eine Gemeinde und die Bevölkerung vor Ort einen Konsens erzielen, davon abzuweichen, ist das möglich. Das ist eine freiheitliche Lösung, die mit der Nutzung der Windkraft verbunden ist. Ich finde, das ist in Ordnung.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Strom beziehungsweise zum Stromnetz. Auch hier will ich Klarheit schaffen, weil alles durcheinandergebracht wird. Seit 2009 gibt es eine Diskussion und Verfahren zur Strombrücke Thüringen – Grafenrheinfeld, die über Oberfranken führt. Diese Wechselstrombrücke ist völlig unabhängig von der Energiewende für die Stromstabilisierung notwendig. Sie wurde 2009 eingeleitet. Das war zwei Jahre vor dem Reaktorunglück von Fukushima. Das erwähne ich nur, damit die Vorgänge richtig eingeordnet werden. Der Bayerische Ministerpräsident hat in jeder Ministerpräsidentenkonferenz erklärt, dass er ebenso wie die gesamte Bayerische Staatsregierung diese Strombrücke unterstützt. Wir wissen nämlich, dass sie unabhängig von der Energiewende und deren Verlauf wichtig für die Stabilisierung des vorhandenen Stromnetzes ist. Wir alle haben an der Stabilität dieses Stromnetzes Interesse. Deshalb sage ich auch hier und bitte dabei um die notwendige Differenzierung: Diese Wechselstrombrücke über Thüringen und Oberfranken nach Grafenrheinfeld wird von uns unterstützt. Über die Regierung von Oberfranken sind wir für die Genehmigung zuständig. Da gibt es Widerstände: Aber die Wechselstrombrücke ist zur Stabilisierung des Stromnetzes unverzichtbar, und zu dem, was unverzichtbar und notwendig ist, stehen wir auch, meine Damen und Herren. Das ist eine ganz klare Angelegenheit.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich noch zu der Netzdiskussion der letzten Tage. Wir reden übrigens über Netze, mit deren Planfeststellungsverfahren frühestens im Jahr 2017 begonnen wird und die frühestens Ende des Jahrzehnts realisiert werden. Das sage ich nur, damit man einmal weiß, um welche Zeitachse es geht.

(Zurufe des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe)

Meine Damen und Herren, wir haben auch hier eine ganz einfache Antwort. Wir regeln im Moment die Versorgungsstrukturen bei erneuerbaren und konventionellen Energien grundlegend neu, und zwar nicht nur über die Standorte, sondern auch über die Frage, wie sie in Zukunft vergütet werden und wer sie bezahlt. Deshalb hat der Bundesenergieminister in die von der Bundesregierung und auch von mir gebilligten Eckpunkte die klaren Sätze geschrieben, dass wir eine Verknüpfung der Versorgungsstrukturen erneuerbarer und konventioneller Energien mit den Stromnetzen brauchen. Das ist auch ganz logisch, weil sich Dinge verändern können.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vor allem bei Ihnen! – Markus Rinderspacher (SPD): Ich darf darauf hinweisen, dass Herr Bundesminister Gabriel am 29.12.2013 davon gesprochen hat, einen Neuanfang in der Energiepolitik zu machen!)

Ich wundere mich nur, wenn es um die Änderung des EEG geht, dem die meisten, ich jedenfalls, immer zugestimmt haben.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir alle! – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich glaube wir haben da 10 oder 15 Änderungen. Trotzdem wird keiner sagen: Um Gottes willen, jetzt stimmt er einer Änderung zu, und deshalb ist er beliebig; sondern es muss auch eine Änderung im Gesetz erfolgen, wenn neue Erkenntnisse da sind. So ist es auch bei den Stromnetzen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha! – Zuruf der Abgeordneten Ulrike Müller (FREIE WÄHLER))

Bei den Stromnetzen geht es nicht um die Frage Ja oder Nein, sondern es geht um die richtige Schrittfolge.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben es jahrelang forciert und jetzt tun Sie so, als seien Sie nicht dabei gewesen!)

Schön langsam, schön langsam. Es wird nicht besser.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist neu!)

Jetzt erfüllen wir den Anspruch, Energieversorgung mit der Netzplanung zu verknüpfen. Deshalb regeln

wir jetzt die Versorgungsstruktur. Sie wird im Juni oder Juli im Gesetz stehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Welches Jahr?)

Wir bitten darum, dass man bis dahin die Planungen zurückstellt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha!)

Da muss man in der richtigen Schrittfolge vorgehen. Da müssen wir abgleichen, welchen Bedarf wir nach den neuen Grundlagen bei den Stromnetzen haben. Da möchte ich, dass jede Firma und zunächst die Netzagentur mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten einmal darüber spricht, damit wir zu einer gleichen Einschätzung kommen.

(Lachen bei den GRÜNEN – Zurufe der Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Unruhe)

Meine Damen und Herren, sollte die Notwendigkeit bejaht werden müssen, dann sind wir dabei.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt ja letztes Jahr schon zugestimmt!)

Dann geht es immer noch um die Umsetzung. Bei der Umsetzung ist eine ganze Reihe von Fragen wichtig, die wir im Mai 2011 formuliert haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha!)

Wir haben uns zum Beispiel mit der Frage beschäftigt, welche Ausgleichsmechanismen wir für Grundstückseigentümer finden müssen. Das ist eine große Frage in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und auch in Bayern. Wir müssen Antworten auf die Frage finden, wie Stromtrassen mit vorhandenen Verkehrsstrassen gebündelt werden können. Es stellt sich auch die Frage, wie es um Freileitungen und Erdleitungen steht. Auch sie muss sorgfältig diskutiert werden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr habt schon zugestimmt! Das ist alles schon entschieden!)

Lieber Herr Aiwanger, die lautesten Kühe geben die wenigste Milch. Das ist einfach so.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall bei der CSU)

Es ist so. Herr Aiwanger, ich würde vorschlagen, dass wir den Rest am Aschermittwoch machen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Den Rest machen wir am Aschermittwoch. – Es geht schlicht und einfach darum, meine Damen und Herren, dass wir bei Verfahren, die für 2017 bis 2020 vorgesehen sind, überhaupt nichts versäumen, wenn wir jetzt einmal innehalten und die Versorgungsstruktur machen. Das ist Mitte des Jahres im Gesetz. Dann wird der Satz von Sigmar Gabriel Wahrheit,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aha!)

nämlich, dass wir das mit dem Netzausbau verknüpfen, noch einmal die Notwendigkeit prüfen und für den Fall, dass wir Notwendigkeiten bejahen, auch die Umsetzungsmöglichkeiten genau unter die Lupe nehmen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ab dem 26. Mai nach der Wahl!)

Ich möchte, dass die Bundesnetzagentur und auch Firmen sich zuallererst mit der Bayerischen Staatsregierung unterhalten; denn bevor man hinausgeht und den Leuten sagt, "Wie es genau abläuft, können wir euch auch noch nicht sagen", aber Riesendiskussion auslöst, sollte man die Schrittfolge einhalten und zuerst mit der Staatsregierung, mit Bürgermeistern und Landräten sprechen und dann den Dialog mit der Bevölkerung suchen. Das ist die richtige Schrittfolge.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Beifall bei der CSU)

Ich stelle zu den Tatsachen fest: Wir Bayern sind an der Spitze der Umsetzung der Energiewende.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir haben den höchsten Anteil an erneuerbaren Energien.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Da lässt sich nichts wegdiskutieren.

Für die Weichenstellung und für die Grundlagen ist die Bundesregierung zuständig, die wir unterstützen. Wir werden den einen oder anderen Punkt noch umformulieren oder ändern, aber das geschieht nicht zur Torpedierung der Energiewende, sondern um eine gute Lösung hinzubekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zur Vernichtung!)

Drei Dinge sind jetzt in den ersten sechs Monaten wichtig, nämlich die Dämpfung der Strompreise, die Grundversorgung und die Sicherheit der 100.000 Arbeitsplätze bei den 500 Betrieben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das ist unser Grundanliegen.

Beim Wind sind wir genau auf der Linie des Mai 2011. Bei der Stromtrasse geht es um ein paar Monate. Dazu werden wir uns sicher wieder sprechen.

Jetzt richte ich das Wort noch einmal an die SPD. Es ist wirklich schwierig. Sie stehen bei der Sicherung der 100.000 Arbeitsplätze nicht an der Seite der Arbeitnehmer.

(Markus Rinderspacher (SPD): Darum geht es nicht!)

Sie stehen nicht an der Seite der Arbeitnehmer!

(Beifall bei der CSU)

Sie stehen bei der Kostendämpfung nicht an der Seite der kleinen Leute.

(Markus Rinderspacher (SPD): So ein Unsinn! – Beifall bei der CSU)

Sie stehen bei der Sorge der Menschen um ihre Heimat und um ihre Landschaft nicht an der Seite der kleinen Leute.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage, dass ich das gern mit Herrn Gabriel und der Bundeskanzlerin weitermache. Ich lade Sie ein, in diesen Zug einzusteigen. Er fährt sehr schön. Das ist eine wirkliche Steigerung der Lebensqualität.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Wenn Sie das nicht wollen, dann machen Sie es nicht. Wir werden jedenfalls von unserer Seite aus unsere drei Generalziele bei der Energiewende, nämlich die Bezahlbarkeit, die Versorgungssicherheit und die Umweltverträglichkeit, unbeirrt weiterverfolgen. Dann kann die "WAZ" auch in der Zukunft schreiben, dass die Bayern die Gewinner der Energiewende sind.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Glauber für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Danke schön. – Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, als ehemaliger Landwirtschaftsminister - - Wenn, dann hätten

Sie den Herrn Aiwanger einen Stier oder einen Ochsen - - Stiere und Ochsen geben keine Milch.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN)

Als ehemaliger Landwirtschaftsminister sollten Sie sich damit auskennen.

(Lachen bei der CSU – Thomas Kreuzer (CSU): Halten Sie Ihren Fraktionsvorsitzenden für einen Ochsen?)

Unser Fraktionsvorsitzender kennt sich aus, und er hält nicht so viele Märchenstunden wie Ihr Fraktionsvorsitzender. Das ist der Unterschied zwischen Ihrem und unserem Vorsitzenden. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann gut verstehen, dass der Herr Ministerpräsident heute lieber hier ist.

(Unruhe bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Glauber hat das Wort.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Ministerpräsident, ich kann gut verstehen, dass Sie heute hier ans Rednerpult gegangen sind; denn wenn Sie nach Berching gegangen wären, man hätte Sie ausgepiffen andersgleich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vor allem die neu Gewählten: Wir haben vom Herrn Ministerpräsidenten heute viel über Bundespolitik und wenig über Landespolitik gehört. Ich kann nicht verstehen, warum die Oberfranken, die Mittelfranken, die Oberbayern und die Schwaben mitgeklatscht haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Denn es waren es doch Ihr Ministerpräsident, Ihr Vorsitzender und Ihre Abgeordneten, die im Bundesrat keiner Erdverkabelung zugestimmt haben, sowie auch nicht darüber nachdenken, ob wir diese Trasse brauchen oder nicht. Heute hat der Ministerpräsident hier gesagt, er wolle erst einmal schauen, ob wir überhaupt einen Bedarf haben. Wieso hat er dann eigentlich zugestimmt? Ich traue es unserem Ministerpräsidenten, wenn er nach Berlin fährt, zu, dass er weiß, was er dort tut. Er sollte nicht im Nachgang sagen: Ich habe einmal zugestimmt, aber gelesen habe ich es nicht. Jetzt bin ich draufgekommen, dass es doch falsch war. Was ist denn das für eine Art?

Herr Ministerpräsident, diese Historie holt Sie jetzt ein. Im Jahr 2011 haben Sie hier die gleichen Worte wie heute gesagt. Sie haben heute groß aufgesprochen, haben große Töne gebraucht. Nichts ist übrig geblieben. Heute gab es viel Bundespolitik. Hier stand aber der Bayerische Ministerpräsident. Was sind denn Ihre Leistungen in Bayern? Sie müssen die Bürgerinnen und Bürger loben, die diese Energiewende voran gebracht haben. Das waren doch nicht Sie, in der letzten Legislaturperiode. Wo sind denn Ihre Erfolge?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben in der letzten Periode auch in Berlin regiert. Sie hätten jederzeit darüber nachdenken können, ob diese Trassen notwendig sind oder nicht. Der Vorlauf war lange genug. Sie hätten sich auch darüber Gedanken machen können, was Sie in Bayern überhaupt wollen. Wir sind oft an diesem Rednerpult gestanden und haben Sie darauf hingewiesen, dass Sie sich am Anfang einen Plan machen sollten, was Sie in Bayern wollen. Diesen Plan haben Sie nie gemacht. Das fällt Ihnen heute auf die Füße. Hätten Sie doch in die Landkreise gesehen und mit den kreisfreien Städten gesprochen! Der Energiebedarf für Bayern von 85 Terawattstunden ist da. Sie hätten als ersten Schritt im Jahr 2011 eine Landkreisschau machen sollen, um zu sehen, was die Landkreise regional erwirtschaften und was sie über die erneuerbaren Energien leisten können. Damals war es sowohl unser Ziel als auch Ihr Ziel, sagen zu können: Bayern wird Spitze bei den Erneuerbaren. Davon ist nichts übrig geblieben, weil Sie nämlich bei jedem Ansatz versuchen, die Erneuerbaren zu beschneiden. Das ist Fakt in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Frau Haderthauer, nun zu Ihrer Pressekonferenz: Dass Sie nicht genau wissen, was eine HGÜ-Trasse ist, will ich Ihnen nachsehen. Am Ende haben Sie sich jedoch hingestellt und gesagt: Bayern führt ein Moratorium ein, obwohl vorher ein Bundesgesetz erlassen worden ist. Das erinnert mich an die Karikatur im "Cicero", wo Herr Seehofer als "König Horst" dargestellt wird. "König Horst" wird das Bundesgesetz einfach aushebeln. Liebe Leute, das ist ein Bundesgesetz. Erst haben Sie im Bundestag und im Bundesrat zugestimmt, jetzt sagen Sie: Stopp, wir machen ein Moratorium. Die Menschen in den anderen Bundesländern Deutschlands glauben, wir Bayern wären schizophr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie mit Ihrer Haltung, immer wieder Neues zu erzählen!

(Der Redner macht eine kurze Pause – Ministerpräsident Horst Seehofer: Ist die Trasse gerissen?)

- Nein, die Trasse ist nicht gerissen. – Klar ist, dass wir die erneuerbaren Energien in Bayern wollen. Sie müssen aber den Landrätinnen und den Landräten sowie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sagen, warum Sie zugestimmt haben, wenn Sie die Kommunen mitnehmen wollen. Ich wünsche den Kollegen, die jetzt im Kommunalwahlkampf stehen, viel Spaß mit der Begründung, mit der Sie im Bundesrat und im Bundestag zugestimmt haben. Ich sage Ihnen bereits jetzt voraus: Spätestens am 30. März wird es die Stichwahl geben. Herr Ministerpräsident, dann werden Sie wieder feststellen, dass es nicht notwendig ist, die Bürgermeister und die Landräte zu hören. Dann werden Sie sagen: Das ist ein Bundesgesetz. Wir können nichts dagegen tun. Wir haben uns aber sehr bemüht. Spätestens nach der Europawahl werden Sie zu der Erkenntnis gelangen – das werden wir den Bürgerinnen und Bürgern draußen ganz klar sagen -, dass es nur um eine Hinhaltetaktik geht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Heute habe ich in den "Nordbayerischen Nachrichten" gelesen: Pause mit der Stromtrasse.

(Zuruf von der CSU: Bause? – Heiterkeit bei der CSU)

- So lautet die Überschrift. – Sie werden sehen, am 30. März wird davon nichts mehr übrig bleiben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns geht es um die erneuerbaren Energien. Spannend ist an dem Antrag, den Sie vorgelegt haben, dass Sie am Anfang von konsequentem Umsetzen und von Versorgungssicherheit sprechen. Diese Versorgungssicherheit fordert die Wirtschaft ein. Seit 2011 haben Sie nichts dazu beigetragen, dass unsere Wirtschaft in Bayern diese Versorgungssicherheit erkennen kann. Sie haben nämlich kein eigenes Konzept entwickelt. Ich kann verstehen, dass viele in der Wirtschaft und in der Industrie Probleme mit diesem Rein, Raus, Rein, Raus haben. Gestern haben Sie in Ihrem Kabinettsbeschluss festgelegt, dass die Anträge, die noch nicht eingereicht worden sind, später nicht mehr genehmigungsfähig sind. Ich habe vorhin von einem schizophren Zustand gesprochen. Ich frage mich, ob wir in Bayern eine Bananenrepublik einführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Kabinetts kann doch nicht beschließen, dass ab jetzt nichts mehr genehmigt wird. Liebe Kolleginnen

und Kollegen des Kabinetts und der CSU, dazu müssten Sie eine Rechtsgrundlage schaffen. Diese Rechtsgrundlage haben Sie nicht. Wenn Sie Windräder bis zum Herbst verhindern wollen, sage ich voraus: Unsere Landrätinnen und Landräte werden viel Spaß mit Ihnen haben. Wenn ein Antrag auf dem Tisch liegt, auf welcher Rechtsgrundlage sollen sie ihn ablehnen? Schaffen Sie die Rechtsgrundlage! Dafür sind wir hier! Wofür sind Sie denn gewählt?

Sie sagen: Für uns gilt der Kabinettsbeschluss. "König Horst" bestimmt, und der Rest des Kabinetts erträgt es. Wir haben hier so viele neu gewählte Juristen. Dass die so etwas mitmachen, ist für mich wirklich unglaublich.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der Bund hat das genauso gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Wenn der 03.02. gelten soll, sprich, der gestrige Kabinettsbeschluss, - -

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Der 04.02.!)

- Der 04.02. Gestern haben Sie das beschlossen. – Windkraftanlagen und überhaupt Projekte der erneuerbaren Energien haben eine lange Vorlaufzeit. Eine Windkraftanlage hat einen Planungsvorlauf von ungefähr zwei Jahren. Sie sagen, der 04.02. sei für Sie maßgebend. Viele Frauen und Männer haben viel Geld in die Entwicklung dieser Anlagen investiert. Sie gehen einfach her und sagen: Was interessiert mich eine Rechtsgrundlage? Ich mache es so, wie es das Kabinett will. Sie müssen schon eine Rechtsgrundlage schaffen. Menschen, die eineinhalb oder zwei Jahre an Projekten gearbeitet und 500.000 Euro in die Vorplanung investiert haben, darf nicht einfach die Genehmigung entzogen werden. Damit würde eine Bananenrepublik eingeführt. Das ist unglaublich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Paul Wengert (SPD): Skandalös!)

In der letzten Woche haben Sie sich noch darüber gewundert, dass ich gesagt habe, das Wichtigste in der Energiewende sei das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Handelnden, das Vertrauen zu den Menschen, die Gesetze erlassen. Das Schlimmste von dem, was Sie machen, ist, dass Sie das Vertrauen aller, die dort investieren, gnadenlos verspielen. Ihr Ziel, dass Bayern an der Spitze der Energiewende stehen soll, wird deshalb nie erreicht.

Ich habe mich vorhin darüber gewundert, dass Dr. Marcel Huber als zuständiger Minister so spärlich geklatscht hat. Ich kann es aber verstehen. Vor einem Dreivierteljahr habe ich mit Ihnen diskutiert. Ich sagte,

wir sollten den Gemeinden die Möglichkeit geben, über Windkraftanlagen zu entscheiden. Sie haben gesagt, dies sei nicht möglich, dies würde nicht gehen. Zuerst haben Sie erzählt, dass Sie dies nicht könnten, ein Dreivierteljahr später können Sie es wieder. Das zeigen die letzten drei Jahre: Einmal kann man es, dann kann man es wieder nicht, dann kann man es wieder, und dann kann man es wieder nicht. So wird dieses Kabinett mit der Energiewende genauso weiterverfahren wie das letzte, und das ist katastrophal.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zur Schau getragene überschäumende Aschermittwochsstimmung innerhalb der CSU kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht wenige Bürgerinnen und Bürger in unserem Land in diesen Tagen darüber in großer Sorge sind, dass die bayerische Regierung in zwei zentralen Zukunftsfragen für unser Land die falschen Weichenstellungen vornimmt. Die CSU-Regierung hat im Januar trotz aller Versprechungen im Wahlkampf angekündigt, Lehrerstellen zu streichen. Bildungsabbau statt Bildungsaufbau – eine fatale Fehlentscheidung!

(Beifall bei der SPD)

Bayern braucht als rohstoffarmes Land und angesichts des Fachkräftemangels nicht weniger Bildungsanstrengungen, sondern mehr Investitionen in die Bildung und damit mehr Lehrer und nicht weniger. In der Bildungspolitik herrscht das reinste Chaos.

Auch die energiepolitischen Zuckungen und Wendungen der vergangenen Tage, Wochen und Monate sind für die Regierungspolitik symptomatisch. Ein erkennbarer Kurs fehlt. Herr Seehofer erzählt hier und heute, dass er den energiepolitischen Kurs des neuen Energieministers Sigmar Gabriel ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Ich freue mich darüber. Diese Aussage ist auch das Eingeständnis des Versagens von Schwarz-Gelb im Bund in den Jahren 2009 bis 2013;

(Beifall bei der SPD)

denn in diesen Jahren ist nach Ihren Worten, Herr Seehofer, unter Ihrer Verantwortung offensichtlich gar nichts vorangegangen.

Ich halte es für gut und richtig, dass endlich ein Minister die energiepolitischen Zügel in die Hand nimmt und dafür Sorge trägt, dass die Strompreisentwick-

lung gedämpft wird und Industriearbeitsplätze bei uns in Bayern auf keinen Fall in Gefahr geraten. Dafür steht die Energiepolitik der SPD im Bund, dafür steht die Energiepolitik von Sigmar Gabriel. Ausdrücklich ist zu begrüßen, dass Sie, Herr Ministerpräsident, diese Politik in gleichem Maße unterstützen.

Dennoch müssen wir Ihnen sagen: Energiepolitik findet nicht nur im Bund statt, sondern sie ist auch eine zentrale landespolitische Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gewünscht, dass nicht nur der Energieminister im Bund innerhalb kürzester Zeit agiert. Wir hätten uns auch gewünscht, dass Ihre Regierung energiepolitisch endlich in die Pötte kommt. Die Staatsregierung ist seit über 100 Tagen im Amt. Die meisten Kabinettsmitglieder gehören ihr bereits seit Jahren an. Selten hat aber eine bayerische Staatsregierung in so kurzer Zeit so viel Chaos, Konfusion und Unordnung angerichtet wie dieser Ministerpräsident und sein Kabinett. Diese Regierung ist die Organisation des Durcheinanders.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in großer Sorge, dass die Regierung zwar die Notwendigkeit einer sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung in Bayern propagiert, dass sie aber nichts, auch gar nichts dafür tut. Der Zickzackkurs der CSU verunsichert den Mittelstand – Kollege Glauber hat darauf hingewiesen – und die Industrie gleichermaßen. Die Industrie- und Handelskammern in Bayern schlagen Alarm; denn sie wissen, dass der künftige Wohlstand in unserem Land von einer zuverlässigen Energieversorgung abhängig ist. Investoren in Bayern wissen nicht mehr, ob es sich lohnt, auf die bayerische Energiewende zu setzen. Viele Investoren haben in Bayern mittlerweile Geld verloren, weil der Ministerpräsident im Alleingang die den Planungen zugrunde liegenden Investitionsbedingungen und Planungsgrundlagen verändert hat. Firmen wandern aus Bayern in andere Bundesländer ab, wie die Tageszeitungen heute berichten.

Der Zickzackkurs der CSU frustriert auch die Akteure in den Kommunen. Sie haben sich 2011 nach der Aufforderung durch Herrn Seehofer selbst auf den Weg gemacht, die Energiewende zu managen. Sie haben in unzähligen Ratssitzungen unter stetiger Bürgerbeteiligung die Zukunft der regenerativen Energieversorgung in ihrer Region beraten und Maßnahmenpakete geschnürt. Sie haben viel Geld für Expertisen, Gutachten und Studien jedweder energiepolitischer Art ausgegeben. All diese Arbeit, all diese konkreten Planungen vor Ort werden nun durch den permanenten

Kurswechsel der CSU und ihres Ministerpräsidenten zum Scheitern gebracht. Wir wissen doch, dass der nächste Atommeiler 2015 abgeschaltet wird. Doch diese Regierung steigt de facto aus der Energiewende aus. Sie erweist sich als handlungsunfähig und konzeptionslos. Sie handelt nach dem Prinzip: Warum eigentlich Windräder, und wozu Stromleitungen, wenn der Strom doch aus der Steckdose kommt? Eine solche ignorante Verweigerungshaltung ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern brauchen wir konkrete Maßnahmen zum weiteren Ausbau der dezentralen Energieversorgung. Wir haben hier im Haus sogar eine gemeinsame Richtung eingeschlagen. Punktuell haben wir vielleicht sogar gemeinsame Wege gefunden. Das Energiekonzept 2011 der Bayerischen Staatsregierung - dabei wurde an der einen oder anderen Stelle deutlich von der Opposition abgekupfert – wurde in vielen Teilen von der CSU unterstützt. Das war damals am wenigsten selbstverständlich. Es war damals schwierig genug. Das Energiekonzept wurde von der SPD, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der FDP unterstützt. Es wurde auch von großen Teilen der außerparlamentarischen Opposition unterstützt. Das Energiekonzept der Bayerischen Staatsregierung wurde von der bayerischen Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Naturschutzverbänden unterstützt. Wir, die SPD, wollen, dass dieses Konzept dem Grunde nach weiter realisiert und vorangetrieben wird.

Wir halten die neue 10-H-Regelung für einen Irrweg, denn sie macht der Windenergie in Bayern den Garaus. Wir halten daran fest, dass die dezentrale Energieversorgung gerade auch in den ländlichen Regionen Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft und sichert. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Wertschöpfung vor Ort und eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den dezentralen und den zentralen Komponenten der Energieversorgung erfolgt, um den Energieversorgungsansprüchen von Industrie, Gewerbe und Privathaushalten gerecht zu werden.

Wann hat es jemals in Bayern bei einer solchen Jahrhundertaufgabe einen so großen Konsens aller im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien und großer gesellschaftlicher Kräfte in unserem Land gegeben? Wir hatten die zu erledigenden Hausaufgaben der Bayerischen Staatsregierung hier im Hohen Haus fast schon fraktionsübergreifend definiert. Der Dreiklang von Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien sollte die Grundlage der Energiewende bilden. Sie, die Bayerische Staatsregierung, hat die Energieeinsparungsprogramme Bayerns gekürzt statt ausgebaut.

Die CSU weigerte sich bei der Energiewende, klare Leitlinien zur Lösung von Raumkonflikten im Landesentwicklungsprogramm zu definieren. Ein Pumpspeicherkataster war vom Bayerischen Landtag einstimmig beschlossen worden. Es sollte 2011 oder 2012 vorgestellt werden. 2013 war das immer noch nicht der Fall. Wir warten heute noch darauf. Genauso lässt ein bayerischer Wasserkrafterlass heute noch auf sich warten. Eine Gebietskulisse Wasserkraft wollte die Staatsregierung 2012 vorstellen. Sie wurde uns bis heute noch nicht vorgestellt. Herr Seehofer sprach davon, dass eine Stromverteilnetzstudie im Bayerischen Landtag im Jahr 2012 vorgestellt werden soll. Wir haben jetzt 2014 und warten immer noch darauf. Beim Biogas gibt es auch immer noch nicht den versprochenen Bayernplan der Staatsregierung.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Alles halbe Sachen!)

Meine Damen und Herren, alles das haben die in der letzten Legislaturperiode im Landtag vertretenen fünf Fraktionen einhellig bei der Bayerischen Staatsregierung eingefordert. Die Studien und Maßnahmenpakete sollten 2011, 2012, spätestens aber 2013 vorgelegt werden. Doch hier besteht Fehlanzeige. Die Staatsregierung hat ihre landespolitischen Hausaufgaben nicht gemacht, ja, sie hat sogar den breiten Konsens in der Gesellschaft Bayerns zur Energiewende aufgekündigt.

Herr Seehofer hat sich zunächst vom fanatischen Atomkraftanhänger zum Windkraftfanatiker entwickelt. Heute ist er Bayerns oberster Windkraftgegner. Er war ursprünglich der größte Anhänger des beschleunigten Netzausbaus und hat dies überall propagiert, wo er es konnte. Heute sagt er, er sei erbitterter Widerständler.

(Unruhe bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Der Herr Ministerpräsident ist wieder da, bitte keine Aufregung! Er darf doch auch einmal kurz hinausgehen.

(Natascha Kohlen (SPD): Er war gerade draußen!)

Er ist da, Frau Kollegin!

Markus Rinderspacher (SPD): Mit Blick auf den Netzausbau lässt sich feststellen: Die Energiewende hat die Notwendigkeit einer neuen Netzinfrastruktur bestätigt.

(Zurufe von der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigung, der Herr Ministerpräsident ist da.

Markus Rinderspacher (SPD): Ich fürchte, er hört so und so nicht zu, ob er drinnen oder draußen ist. In jedem Fall wird er das nicht verwirklichen, was seine Bayerische Staatsregierung versprochen hat. Ich hatte es gerade ausgeführt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die Energiewende hat die Notwendigkeit einer neuen Netzinfrastruktur stark beschleunigt. Es geht um die Herausforderung, Strom künftig über weite Strecken zu transportieren, ohne Überlastungen entstehen zu lassen. Die CSU hat die Planungshoheit des Freistaates mit Blick auf die Stromtrassen an den Bund abgegeben und dabei bayerische regionale Interessen hintangestellt, um den Trassenausbau zu beschleunigen.

Herr Seehofer hat in den letzten zwei bis drei Jahren immer wieder propagiert, die Planungsverfahren müssten von zehn Jahren auf vier Jahre gekürzt werden; deshalb ist nun auf Bundesebene die Bundesnetzagentur für die Bundesfachplanung und Planfeststellung länderübergreifender oder grenzüberschreitender Höchstspannungsleitungen zuständig. Die CSU hat diese Planungshoheit an den Bund abgegeben. Deshalb, Herr Ministerpräsident: Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort wissen, wer Bayerns oberster Planungsbeschleuniger und Stromtrassenanhänger war und ist,

(Zuruf von der CSU: Herr Rinderspacher!)

nämlich der Ministerpräsident selbst. Der Ministerpräsident hat das initiiert. Er hat die Stromtrassen auf den Weg gebracht, und er ist für die neu zu bauenden Strommasten, wie sie im Moment diskutiert werden, verantwortlich. Das war die Politik der letzten drei Jahre.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn er nun heute behauptet, er habe von den Stromtrassen nichts gewusst und seine Bayerische Staatsregierung sei nicht informiert worden, frage ich mich, warum auf der Internetseite www.bayern.de unter "Pressemitteilungen" nach fast jeder vierten Kabinettsitzung eine Pressemitteilung veröffentlicht wurde, dass die CSU dringend diese Stromtrassen einfordert, und zwar in beschleunigten Planungsverfahren ohne weitere Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Es ist ein Offenbarungseid und seines Amtes nicht würdig, dass sich der Ministerpräsident vor den Kommunal- sowie den Europawahlen in die Büsche schlagen möchte. Er sollte die Verantwortung für das übernehmen, was er selbst auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Tatsächlich hat die CSU alle Anträge und Initiativen der SPD bei den Stromtrassen, die Beeinträchtigungen der Bürgerinnen und Bürger so gering wie möglich zu halten, abgelehnt und abgeschmettert. Es gab erst im vergangenen Jahr einen SPD-Antrag im Deutschen Bundestag, klare Regelungen für die Abstände von Leitungen und ihren Nebenanlagen zu Wohngebieten vorzusehen. Die CSU hat diesen Antrag gemeinsam mit CDU und FDP abgelehnt. Eine Abstandsflächenregelung zu Stromtrassen und Strommasten gibt es deshalb nicht, weil die CSU im Deutschen Bundestag dies verhindert hat.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wie passt es nun zusammen, dass bei Windkraftanlagen künftig ein Zwei-Kilometer-Radius gelten soll, bei Strommasten aber lediglich das Bundesimmissionschutzgesetz Geltung hat und Strommasten gewissermaßen in unmittelbarer Nachbarschaft zu Schulen und Kindergärten aufgestellt werden können? Das passt nicht zusammen. Ich finde, der Bayerische Ministerpräsident sollte der Bevölkerung einmal erklären, welche Folgen seine konkrete Politik für die Menschen vor Ort hat.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt: Wir waren im Deutschen Bundestag und auch im Bundesrat immer verwundert, dass die CSU Erdverkabelung stets abgelehnt hat. Die Erdverkabelung hatte die CSU in ihrem heutigen Dringlichkeitsantrag ja auch nicht vorgesehen, sie wurde erst im Nachtragsverfahren noch in den heutigen CSU-Antrag eingebaut. Tatsächlich hatte die CSU Erdverkabelung nie für wirklich notwendig gehalten. Wir als SPD sagen: Wo immer es aus Gründen des Schutzes der Anwohner oder des Umwelt- und Landschaftsschutzes nötig ist, müssen Leitungen unterirdisch verlegt werden.

(Beifall bei der SPD)

Heute sagt die CSU, die Staatsregierung müsse im Deutschen Bundesrat vorstellig werden und dafür Sorge tragen, dass Erdverkabelung möglich sein soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, darf ich Sie daran erinnern, dass das schon einmal im Bundesrat beantragt worden war, nämlich in der 910. Bundesratssitzung vom 7. Juni 2013? Der Freistaat Bayern war bei dieser Sitzung zugegen, und Herr Seehofer war nicht nur mittelbar, sondern unmittelbar vor Ort und an der Sitzung beteiligt. Die Länder Niedersachsen, Baden-Württemberg und Brandenburg hatten beantragt, dass die Teilerdverkabelung bei unvermeidbaren Siedlungsannäherungen möglich sein müsse. Eine entsprechende gesetzliche Regelung sollte angestrebt werden.

Wer hat dagegen gestimmt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU? - Die Bayerische Staatsregierung und Ihr Ministerpräsident waren gegen die Möglichkeit von Erdverkabelung in der Sitzung des Deutschen Bundesrates, und heute haben Sie keine Scham, Ihre Regierung aufzufordern – in jenem Bundesrat, in dem Herr Seehofer noch vor einem halben Jahr ablehnend reagiert hat –, Erdverkabelung notwendig zu machen? Das treibt Ihnen nicht die Schamesröte ins Gesicht, liebe Kolleginnen und Kollegen?!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Herr Seehofer hat mit dem Austauschstopp der erneuerbaren Energien den fatalsten Fehler seiner Amtszeit begangen. Er hätte die Chance gehabt, als Ministerpräsident der Energiewende Epoche zu machen. Er hat die Chance vertan. Er hatte noch in den Jahren 2011 und 2012 so viele Unterstützer. Ja, sogar die Opposition hatte sich bemüßt gesehen, das Konzept der Staatsregierung zu unterstützen. Nein, eine abermalige Kehrtwende hat es ihm verwehrt, als Ministerpräsident der Energiewende in die Geschichte einzugehen.

Zum Abschluss: Der Ministerpräsident sah sich bereits drei Monate nach seiner Regierungserklärung zum Amtsantritt genötigt, heute selbst das Wort zu ergreifen, weil er offensichtlich auch seiner Superministerin nicht zutraute, die Konzeptionslosigkeit der Regierungspolitik überzeugend zu vernebeln.

(Beifall bei der SPD)

Herr Seehofer befand sich vor seiner heutigen Plenarrede auf dem Zenit seiner Macht, und damit einhergehend, wie wir auch feststellen durften, auf dem Gipfel seiner Selbstherrlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Er hat heute mit einer verworrenen und widersprüchlichen Erklärung die Planlosigkeit seiner Regierung of-

fenbart und auch sein eigenes schleichendes politisches Ende eingeläutet;

(Zurufe von der CSU)

denn eines ist klar: Wenn man auf dem Gipfel ist, meine Damen und Herren, kommt danach der Abstieg, und der politische Abstieg von Herrn Seehofer – Sie werden daran mitwirken, Herr Pschierer, Sie an allererster Stelle, wie so viele in diesem Kreis – wird in den Jahren 2015/2016 zum Tragen kommen.

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es bedarf auch in den kommenden Wochen einer intensiven landespolitischen Auseinandersetzung; denn mit Handlungsunfähigkeit bei der Energiewende und Bildungsabbau an unseren Schulen riskiert die Staatsregierung künftige Wohlstandsverluste im Freistaat, und dagegen gehen wir in einer breiten Allianz der Vernünftigen an. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Zugabe!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Kollege Hartmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Ministerpräsident Horst Seehofer, ich weiß ja nicht, wie es zu werten ist, dass Sie ganz hinten Platz genommen haben. Man könnte durchaus denken, Sie haben nichts zu sagen – mir ging es bei Ihrer zwanzigminütigen Rede gerade so –, Sie haben gerade eine Rede gehalten, die Sie sich wirklich hätten sparen können. Sie haben eine Rede zur Energiepolitik gehalten. Das haben Sie vor zweieinhalb Jahren schon einmal getan. Von all dem, was Sie damals in diesem Hohen Hause gesagt haben, ist eigentlich so gut wie gar nichts mehr übrig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben uns damals erzählt, Sie wollen 1.500 Windkraftanlagen in Bayern bauen. Sie möchten Bayern energieautark machen. Bei Ihrem Ferienhaus im Altmühltal bekommen Sie es vielleicht noch hin; in Bayern werden Sie es so nicht schaffen. Sie wollten Pumpspeicherkraftwerke bauen, Stromnetze ausbauen, ja, und den Bayernplan haben Sie ganz groß angekündigt und wollten ihn vorlegen, aber dieser ist ebenfalls bis heute nicht da. Alles, was Sie damals gesagt haben, kann man sich schenken. Es wurde kaum etwas umgesetzt.

Ich frage mich schon: Vielleicht – Sie haben ja Ihre Modelleisenbahn im Keller – gibt es das alles in Ihrer Modellwelt. Vielleicht gibt es dort Windkraftanlagen, Pumpspeicherkraftwerke, neue Leitungen, was Sie alles bei Ihrer Modelleisenbahn in Bayern umgesetzt haben –, im richtigen Bayern gibt es das nicht. Sie brauchen sich überhaupt nicht wegzudrehen. Sie sind der Ministerpräsident dieses Landes und haben die Verantwortung dafür, dass die Energiewende in Bayern gelingt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind mit Ihrer Vorstellung von Politik, dass derjenige, der am lautesten oder am häufigsten schreit, Recht bekommt, vielleicht als Chefplaner Ihrer Modelleisenbahn erfolgreich. Aber die Gestaltung der Energiewende in diesem Land kann so nicht zum Erfolg führen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen aus der Regierungsfraktion. Sie alle sind sicherlich aktiv, sind immer wieder im Stimmkreis unterwegs, führen Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Energiegenossenschaften, die sich seit zwei Jahren in ganz Bayern gründen, mit neuen Stadtwerken, die daran arbeiten, die Herausforderungen der Energiewende zu meistern, und mit jungen Unternehmen, die sich in ganz Bayern ansiedeln und an Lösungen, an Konzepten für die Energiewende arbeiten. Was erzählen Sie denen jetzt eigentlich? Was sagen Sie eigentlich diesen Menschen vor Ort? – Sie wissen doch ganz genau, dass sie daran geglaubt haben, dass die Ansage, wir möchten in Bayern eine Energiewende, wirklich verlässlich und planbar ist. Aber davon ist nichts umgesetzt worden. Niemand in diesem Land glaubt Ihnen mehr, dass Sie die Energiewende wirklich wollen.

Ich meine, dass die CSU-Fraktion da durchaus weiter ist als der Ministerpräsident. Das will ich ganz offen sagen. Allein die Energiekommission – sie war nicht nur von Erfolg gekrönt – hat deutlich gezeigt, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen in der CSU-Fraktion durchaus ernste Gedanken darüber machen, wie man die Herausforderungen vor Ort dezentral und regional meistern kann. Aber das, was Ihr Ministerpräsident in den letzten Tagen abgeliefert hat – man kann auch die letzten 24 Stunden nehmen –, ist doch genau das Gegenteil von dem, was Sie die letzten zwei Jahre hier in diesem Hohen Haus vertreten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist völlig unstrittig, und das haben die Energiekommission und die vielen Debatten im Ausschuss immer wieder gezeigt; auch wir GRÜNE sind völlig davon überzeugt: Die Energiewende kann zum Erfolg kommen. Wir wissen aber auch: Es gibt noch viele Herausforderungen, die gemeistert werden müssen. Aber wenn ein Land vor solchen Herausforderungen steht, dann brauchen wir als Allererstes einen Wettkampf der Ideen, nicht einen Ministerpräsidenten, der einfach nur ideenlos die Politik dessen macht, der am lautesten schreit. Das wird so nicht funktionieren. Auf diese Weise werden Sie der Energiewende in kürzester Zeit den Garaus machen, den Stecker ziehen. So kommen Sie nicht weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer wieder finde ich erstaunlich – ich weiß nicht, woran das liegt; vielleicht denken Sie ja noch an ein etwas älteres Bayern von vor zehn Jahren zurück und haben die Entwicklung der letzten Jahre nicht mitbekommen, weil Sie zu oft in Berlin waren –, dass wir bei den erneuerbaren Energien nicht mehr auf Platz eins sind. Bei der Stromproduktion sind wir wahrscheinlich auf Platz fünf zurückgefallen. Wir sind in Ihrer Amtszeit zurückgefallen. Sie haben immer davon gesprochen: Im Bereich der erneuerbaren Energien, im Primärenergiebereich sind wir auf Platz eins. – Nein, wir sind bereits im Jahr 2011 auf Platz fünf gewesen. Wir fallen von einer guten Ausgangslage zurück, weil die Politik der letzten Jahre die Weichen nicht richtig gestellt hat. Ihnen ist zu verdanken, dass wir zurückgefallen sind. Wir sind schon lange nicht mehr auf Platz eins.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ein anderes Thema. Meine sehr geehrten Damen und Herren, man weiß eigentlich gar nicht mehr, wo man anfangen soll. Der ehemalige Wirtschaftsminister Erwin Huber müsste den Kopf geschüttelt haben, als der Ministerpräsident hier zum Thema Stromtrassen gesprochen hat. Er hat nämlich so getan, als ob sie nach Lust und Laune von irgendjemandem geplant und umgesetzt würden. Denken wir einmal ein bisschen zurück: Wir haben den Strommarkt im Jahr 1998 liberalisiert. Wir alle wissen, dass die Planungen für Stromtrassen nach dem Bedarf gemacht werden. Die Stromleitungen fallen nicht vom Himmel, sondern dafür gibt es einen Bedarfsplan. Darin wird genau das ermittelt, was Sie gesagt haben: Wie viele Kraftwerke sind in welcher Region verfügbar? Wie viel Strom wird in welcher Region benötigt? Welche Kraftwerke werden bald abgeschaltet, und welche kommen neu dazu? Das alles wird in Szenarienrahmen festgelegt. Daraus ergibt sich dann der Ausbaubedarf für die

Stromtrassen. Das Interessante an der ganzen Sache ist: Es mag am Stammtisch gut ankommen zu sagen: Ich habe davon gar nichts gewusst. Die sollen erst einmal antanzen und mir das erklären. Dann reden wir darüber. – Das können Sie am Stammtisch gerne machen.

Man braucht sich nur einmal bestimmte Webseiten anzuschauen, dann findet man ein Schreiben des bayerischen Wirtschaftsministeriums, damals aus dem Hause Zeil, am 17. Mai 2013 eingegangen bei der Bundesnetzagentur. Darin heißt es wörtlich: Die Bayerische Staatskanzlei hat die Bitte um Stellungnahme zum Szenariorahmen zum Netzausbau und zum Entwicklungsplan 2014 an das zuständige Ministerium weitergereicht. – Sie wurden doch angefragt. In Ihrem Haus war der Brief, war die Anfrage dazu, wie Sie sich daran beteiligen möchten. Aber Sie haben dies weitergereicht und sagen jetzt nach dem Motto: Man hat mich nicht gefragt. Man muss von vorne anfangen. – Das kann es nicht sein!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben sehr oft davon gesprochen, dass irgendetwas neu wird, dass sich irgendetwas ändert und dass man alles über den Haufen werfen muss. Ich habe mir gerade bei den anderen zwei Vorrednern Gedanken darüber gemacht, was das denn gewesen sein könnte: Die Bundeskanzlerin ist die Gleiche. Der Ministerpräsident ist leider auch der Gleiche; da hat sich auch nichts geändert. Auch im Bundesrat haben sich seit dem Sommer die Mehrheiten nicht groß verschoben. Was ist denn eigentlich anders als im Sommer 2013? Was ist die Begründung dafür, über den Bedarf für Stromtrassen noch einmal neu zu diskutieren? Was ist anders geworden?

Das Einzige, das anders sein könnte, ist, dass die Windkraft in Bayern wegen der 10-H-Regelung nicht so massiv ausgebaut wird und dass keine Speichertechnik kommt, weil man sich gegen Pumpspeicherkraftwerke wehrt; auch das kann sein. Das alles würde aber, wenn man den Atomausstieg weiter vorantreiben möchte, eher mehr und nicht weniger Trassen bedeuten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Richtig!)

Das Einzige, das sich in Ihrer Politik in der letzten Woche geändert hat, ist, dass der Ausbau in Bayern zurückgeht. Die Antwort darauf wird dann lauten: mehr Trassen, sicherlich nicht weniger. Da müssen wir dringend gegensteuern.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Nun zu Ihrer Forderung von gestern. Ich musste die Agenturmeldung gleich zweimal lesen. Da habe ich mich schon gefragt: Was ist jetzt eigentlich los? Ich glaube, das war an Inkompetenz nicht mehr zu überbieten. Aktuell sind wir in einem Bereich, in dem der Netzbetreiber gesetzlich verpflichtet ist, eine Trasse zu planen – also noch nicht umzusetzen. Es ist klar, dass später anhand des Bedarfs entschieden wird, was umgesetzt wird. Der Netzbetreiber macht den ersten Schritt, indem er die Bürger über mögliche Korridore für eine Trasse informiert. Aber da fordern Sie bereits ein Moratorium. Die Energiekommission – das ist gerade einmal ein halbes Jahr her – hat im Zwischenbericht – –

(Markus Blume (CSU): Da waren Sie gar nicht mehr dabei!)

– Ich unterstütze gerne das, was Sie ohne meine Anwesenheit völlig richtig entschieden haben. Das kommt auch vor. Das haben Sie völlig richtig gemacht. – Dabei geht es um den Netzentwicklungsplan, also um genau das, wovon der Ministerpräsident angeblich noch nie etwas gehört hat und worin er nie eingebunden war. Da schreibt die Energiekommission – sie war wahrscheinlich trotz meiner Abwesenheit bei dieser Sitzung relativ gut informiert -: "Die Energiekommission begrüßt das Verfahren auf Bundesebene als mustergültig."

(Lachen bei der SPD)

Das ist völlig richtig. Dem stimme ich zu. Aber sagen Sie das einmal Ihrem Ministerpräsidenten. Da war die Energiekommission schon deutlich weiter, obwohl die Opposition nicht mehr anwesend war.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin überzeugt: Wenn ein Land es wirklich schaffen kann, in den nächsten Jahren 100 % erneuerbare Energien im Stromsektor zu haben, dann ist es Bayern. Dafür müssten aber die Weichen richtig gestellt werden. Ich weiß von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, von Energiegenossenschaften von Mittenwald bis Aschaffenburg, dass sie diese Herausforderung angehen wollen.

Wir hatten eine Hochschultour zum Thema Energiewende. Auch all diejenigen, die in der Forschung arbeiten, wissen: Wir stehen vor einer Herausforderung. Diese Herausforderung ist eine Chance. Wir meistern die Energiewende. Das Einzige, das noch fehlt, sind Verlässlichkeit und Planbarkeit dieser Staatsregierung.

Ich bitte darum: Wir müssen beim Ministerpräsidenten – da meine ich auch die Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion, weil wir sie dazu brauchen – deutlich auf das Tempo drücken. Wenn er von Gas spricht, wenn er sagt, er stehe auf dem Gaspedal und dies sei ihm zu schnell, dann denkt er doch nur an die Gaskraft, daran, dass er große Kraftwerke bauen möchte. Er denkt aber nicht an die dezentrale Versorgungsstruktur aus erneuerbaren Energien. Das möchten Ihre Wähler mit Sicherheit so. Das möchten die Bürgermeister. Daran müssen wir arbeiten. Es ist höchste Zeit.

Ich habe mit der Frage angefangen, warum der Ministerpräsident dort hinten sitzt. Vielleicht ist der Wechsel an der Spitze der Staatsregierung durchaus näher, als wir heute noch zu denken wagen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Für die CSU-Fraktion hat jetzt der Kollege Blume das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist ähnlich bemerkenswert wie die Energiedebatte, die wir in der vergangenen Woche hatten.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist wohl wahr!)

Als Einstieg muss ich etwas sagen, angelehnt an den Kollegen Rinderspacher, was mich dann doch motiviert hat, und zwar: Das demonstrative Getöse der Opposition heute kann nicht darüber hinwegtäuschen, meine Damen und Herren, dass Sie nach wie vor kein Konzept haben.

(Lachen bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich verstehe Ihre Fassungslosigkeit darüber, dass Sie soweit neben der Spur sind. Der Wahrheit müssen Sie aber ins Gesicht schauen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich darf zunächst bemerken – der Herr Ministerpräsident hat dies vorhin eingangs bereits gesagt -: Die Energiewende in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte, meine Damen und Herren. Weltweit hat kein vergleichbares Land mehr Photovoltaik. Wir liegen bei der Wasserkraft vorne – das vergessen Sie gerne.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben einen extrem dynamischen Zubau bei der Windenergie, und wir sind stark, was das Biogas angeht. Meine Damen und Herren, Bayern ist da, wo der Bund bis zum Jahre 2020 sein möchte.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß nicht, welche Statistik Kollege Hartmann friert und für den Vortrag passend gemacht hat. Die Zahlen sind nun einmal so. Ich frage Sie umgekehrt, liebe Vertreter der Opposition: Wo sind Sie denn dort, wo Sie Verantwortung tragen, zum Beispiel in NRW? Was ist Ihre Antwort? – Wenn ich mich richtig erinnere: Kohle. Das scheint Ihr Zukunftskonzept zu sein.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Und die Kohle wollen Sie jetzt über die Trassen importieren?)

Meine Damen und Herren, was war doch gleich wieder Ihr Konzept in Baden-Württemberg? Ich glaube, dort regiert Grün-Rot. – Fehlanzeige! Ich mache das auch gerne fest.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, einen Augenblick, bitte. Herr Kollege Aiwanger, ich kann nur wiederholt zum Ausdruck bringen: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht permanent. Zuhören ist auch eine Kunst!

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist sehr schwierig!)

Bitte schön, Herr Kollege Blume.

Markus Blume (CSU): – Das hilft bei ihm aber eh nichts. Das Bessere ist der Feind des Guten, das ist klar. Ich bitte Sie aber schon, den Maßstab im Auge zu behalten, mit dem Sie Bayern messen. Ich möchte Ihnen zurufen: Schauen Sie sich an, wie der Windenergieausbau in anderen Ländern vonstatten gegangen ist, beispielsweise in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg liegt auf der Südschiene, die oft bemüht wird. Zubau der Windenergie im ersten Halbjahr 2013: Bayern 27 Anlagen, Baden-Württemberg null.

(Markus Rinderspacher (SPD): Niedersachsen über 100!)

Im Gesamtjahr 2013 in Bayern: 98 Anlagen, in Baden-Württemberg: 11. Ein Zehntel dessen, was in Bayern realisiert wurde, ist im vergangenen Jahr in Baden-

Württemberg entstanden. Jetzt frage ich Sie: Woran liegt das? Es wird wahrscheinlich doch damit zu tun haben, dass sich bei uns in diesem Lande alle und insbesondere die Staatsregierung darum bemühen, den Zubau so zu organisieren, wie er im Energiekonzept angelegt war.

(Markus Rinderspacher (SPD): Umso schlimmer, dass Sie es kaputt machen!)

Meine Damen und Herren, wir würgen die Energiewende nicht ab, sondern entwickeln sie verantwortungsvoll weiter. Ihnen von der Opposition muss ich zurufen: Dort, wo Sie Verantwortung tragen, hat die Energiewende noch nicht einmal angefangen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): In Oberbayern!)

Wir dagegen wollen eine Energiewende, die gelingt. Ganz klar ist: Wir haben nie gesagt, dass es einfach wird. Nach der Phase des dynamischen Zubaus in den letzten Jahren kommt jetzt wahrscheinlich der steinigste Teil des Weges, wenn man nämlich versucht – um diese Diskussion drücken Sie sich, selbst wenn Sie sich bei diesem Thema engagieren –, das Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit im Auge zu behalten; der Ministerpräsident hat das ausgeführt.

Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben vom Mittelstand und von der Industrie gesprochen, die sich angeblich durch den Kurs der Bayerischen Staatsregierung beunruhigt fühlen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Lesen Sie die Zeitung!)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Diese fühlen sich durch Ihre Absicht beunruhigt, die Industrie weiter in einer Weise zu belasten, die am Ende zu Arbeitsplatzverlusten führen würde. So sieht es nämlich aus.

(Markus Rinderspacher (SPD): Lesen Sie einmal die Medien und nicht nur den "Bayern-Kurier"!)

Wir für unseren Teil beachten nicht nur das Zieldreieck, sondern wir nehmen die Zielkonflikte ernst und möchten die Menschen mitnehmen. Die Energiekommission war auch heute wieder Gegenstand der Diskussion. Ich erinnere mich: Sie haben sich vom Acker gemacht, als es um diese Zielkonflikte ging. Genauso machen Sie sich draußen vom Acker. Wenn es einmal entschieden ist, sind Sie in den Büschen und solidarisieren sich mit denjenigen, die protestiert haben.

(Margarete Bause (GRÜNE): Der Ober-vom-Acker-Macher sitzt da hinten!)

Wie verantwortungsvoll wir mit den Zielkonflikten umgehen, können Sie beim Thema Windenergie sehen. Wir haben mit der relativen Privilegierung, wie sie der Ministerpräsident vorhin dargelegt hat, eine sehr kluge Regelung gefunden. Es ist doch völlig verkehrt zu sagen, dass wir mit diesem Vorgehen die Windenergie abwürgen würden. Ich sage Ihnen, dass wir im Gegenteil im Korridor liegen. Am Ende werden wir beim avisierten Zubau eine Punktlandung hinbekommen.

Wir wissen, dass sich aktuell ungefähr 800 Anträge in der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsphase befinden, von denen dann alle genehmigungsfähigen Anträge – das ist die starke Botschaft –, unter den Bestandsschutz fallen. In Bayern befinden sich 800 Anträge in der Genehmigungsphase. Was meinen Sie, wie viele Anträge in Baden-Württemberg gerade im Genehmigungsverfahren sind? – 69. Das ist nicht einmal ein Zehntel. Ich frage Sie wirklich. Wo wird die Energiewende betrieben und vorangetrieben, meine Damen und Herren? – In Bayern, nicht in den anderen Ländern.

(Zuruf von der SPD: In Franken!)

Das Zweite ist das Thema Stromtrasse. Auch dabei geht es darum, den Zielkonflikt ernst zu nehmen. Sie werfen uns eine Torpedierung der Stromtrassen vor, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen: Wir gehen eine Koalition mit den Bürgern ein, und zwar vor der Entscheidung, vor dem Projekt, nicht hinterher, wenn alles entschieden ist, wenn die Entscheidungen getroffen sind und dann an der Sache nichts mehr zu ändern ist.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich verstehe, dass Sie mit der richtigen Taktung der Schritte Schwierigkeiten haben.

(Lachen der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Vor der Kommunalwahl und nach der Kommunalwahl! Das stimmt!)

Der Bund schafft den Rahmen. Danach kommt die Folgenabschätzung. Die Länder werden ihre Energiekonzepte aktualisieren müssen. Entsprechend wird dann die Infrastruktur weiterentwickelt. Meine Damen und Herren, die Netzplanung folgt der Erzeugungsplanung, nicht umgekehrt.

Eine solche Energiewende aus einem Guss ist übrigens auch immer das, liebe Vertreter der Opposition, was Sie von der Staatsregierung erwarten, aber um-

gekehrt nicht liefern. Bei aller Scheinheiligkeit der heutigen Debatte – es tut mir leid, ich werde das gleich an Zitaten festmachen – sollten Sie sich vielleicht auch an Ihren eigenen Worten messen lassen. Ich fand sehr bemerkenswert, was dieser Tage in den "Nordbayerischen Nachrichten" zu lesen war, als es um die dortige Stromtrasse ging. Da sagte der Kollege Dr. Christoph Rabenstein von der SPD: Ich bin natürlich gegen die Stromtrasse wie viele und werde einen Antrag einbringen. – Darauf sind wir alle sehr gespannt. Peter Meyer von den FREIEN WÄHLERN äußert sich ähnlich. Am bemerkenswertesten ist Ulrike Gote von den GRÜNEN, die sagt: Ich bin seit Herbst hinter Infos her. Bevor ich nicht weiß, wie es weitergeht, und ohne Kohleausstieg bin ich nicht für die Planung einer Stromtrasse. – Meine Damen und Herren, das ist genau das, was der Ministerpräsident gesagt hat. Bevor wir nicht wissen, wie es mit dem Energiekonzept auf Bundesebene weitergeht, bevor da die Messe nicht gelesen ist, macht es doch keinen Sinn, dass wir uns in Bayern über das Kleingedruckte streiten, meine Damen und Herren.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wer regiert denn, Herr Blume? – Weitere Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein Wort zum Thema Erdverkabelung. Es ist doch nicht so, dass dies plötzlich aufkommt, dass Sie das Thema vielleicht sogar entdeckt haben. Im Energiekonzept 2011 steht groß und breit, dass wir die Netzplanung im Dialog mit der Bevölkerung entwickeln wollen und dass dabei auch die Erdverkabelung geprüft werden soll – selbstverständlich nicht bei jeder Leitung und selbstverständlich nicht flächendeckend im ganzen Land. Dort aber, wo Menschen betroffen sind, muss das in Betracht gezogen werden. Das ist unsere Position, wie sie heute auch im Dringlichkeitsantrag zum Ausdruck kommt. Wir wollen eine vernünftige, verantwortbare und deshalb auch gelingende Energiewende. Wir wollen eine Energiewende, die Arbeitsplätze schafft und nicht vernichtet, die Heimat schützt und nicht zerstört und die die Menschen mitnimmt, anstatt sie aufzuhetzen.

Um noch einmal das Wort des Kollegen Rinderspacher zu bemühen: Wer heute wirklich im Zenit ist, ist die Opposition, meine Damen und Herren; denn Sie sind heute auf dem Gipfel der Scheinheiligkeit und der energiepolitischen Orientierungslosigkeit. So sieht es nämlich aus, meine Damen und Herren.

(Lachen bei der SPD)

Sie haben kein Konzept.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir haben es!)

Selbst wenn Sie eines hätten, sind Sie dafür im September 2013 vom bayerischen Wähler nicht gewählt worden, meine Damen und Herren.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Weil Sie den Wähler getäuscht haben, massiv getäuscht haben!)

Kein Vertreter der bayerischen SPD, der bayerischen GRÜNEN oder der FREIEN WÄHLER trägt auch nur ansatzweise irgendwo Verantwortung für die Energiewende in Bayern oder im Bund. Meine Damen und Herren, nach dem, was wir heute gehört haben, ist dies auch gut so.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mir erlauben, Ihnen in der nächsten Ältestenratssitzung ein paar Zuschriften bekannt zu geben, die zum Ausdruck bringen, was Wählerinnen und Wähler, die uns im Internet beobachten und uns zuhören, von uns denken.

(Beifall bei der CSU)

Ich bitte darum, die Gepflogenheiten und die Würde des Hauses zumindest noch einigermaßen zu berücksichtigen. Herr Kollege Aiwanger, ich weiß, dass Ihnen das nicht passt, ich sage es aber trotzdem.

(Beifall bei der CSU)

Ich werde darauf achten, dass dieses Haus noch einigermaßen einen Stil bewahrt. Wenn das nicht gewollt ist, dann müssen Sie mir das sagen. – Jetzt darf ich mit den Wortmeldungen weitermachen. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgt Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Am gleichen Tag haben Sie, verehrte Staatsregierung, der Windkraft das Totenglöckchen geläutet und den Stromtrassenausbau gestoppt. Das ist wirklich grotesk.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Herr Blume, Sie haben uns eben als Opposition vorgeworfen, wir hätten kein Konzept. Da muss man schon laut lachen. Wer das genau beobachtet hat, hat gesehen: Selbst Ihre eigene Fraktion hatte da nicht mehr klatschen können, weil das wirklich an den Haaren herbeigezogen ist.

Dass man immer mit Baden-Württemberg vergleicht, ist schon wirklich sehr interessant. Wir haben in Bayern einen Vorsprung bei der Windenergie gehabt mit dem Energiekonzept, das wir 2011 – das haben wir heute schon besprochen – alle gemeinsam beschlossen haben. Jetzt sind wir dabei, diesen Vorsprung zu verspielen. Genau das ist es, was wir Ihnen heute sagen wollen. Wir sind so weit. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben das 2011 aufgenommen und sagen: Jawohl, wir wollen jetzt gemeinsam anpacken. Deswegen haben wir doch jetzt die Anträge. Deswegen sind unsere Bürger jetzt so weit, zu sagen: Jawohl, wir können Anträge zur Genehmigung einreichen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber das wird jetzt mit der gestern verkündeten Stichtagsregelung wieder komplett hintertrieben. Alle Unterlagen sollen nun bis gestern eingereicht sein. Was ist denn mit den Hunderten von Projekten, für die die BImSchG-Unterlagen noch nicht vollständig vorliegen? Die werden doch vollständig ausgebremst. Auch juristisch gesehen ist es vollkommener Irrsinn, zu sagen: Im Sommer, irgendwann im August, beschließe ich ein Gesetz, aber jetzt mache ich schon einen Stichtag vorher. Ich wünsche Ihnen wirklich, dass Ihnen die Schadenersatzklagen dann nur so um die Ohren fliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Einen schönen Punkt, Herr Seehofer, haben Sie gerade aufgegriffen: Die Gemeinde entscheidet, was innerhalb der Gemeinde stattfinden soll. Habe ich Sie gestern bei der Pressekonferenz falsch verstanden? Sie haben beschlossen, dass sogenannte betroffene Gemeinden Windkraftprojekte ablehnen können. Das heißt konkret: Wenn ich ein Projekt in meiner Gemeinde habe, bei dem wir alle einig sind "Jawohl, wir wollen es machen", das aber die angrenzende Gemeinde – sie hat ja auch nicht allzu viel davon, sie hat keine positiven Effekte – ablehnt, dann ist das Ganze mit Ihrem neuen Beschluss ad acta gelegt. Oder habe ich Sie falsch verstanden? – Sie schütteln den Kopf. Können Sie uns das vielleicht noch einmal genauer erklären? Damit wären Hunderte von Projekten dann auf einmal nicht mehr möglich sind. Denn 2.000 Meter Abstand sind wirklich eine Hausnummer, bei der die Energiewende baden geht.

Deswegen sagen wir: Schießen Sie Ihre 10-H-Regelung in den Wind. Sorgen Sie für eine angemessene EEG-Vergütung – darum geht es jetzt auch im Bund –, und setzen Sie sich dafür ein, dass sie vor Ort an-

ständig und professionell umgesetzt wird. Die Instrumente haben wir.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Sorgen Sie also für – Sie haben es aufgezählt – Klarheit, Planungssicherheit und Perspektive. Das ist in diesem Bereich ganz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, sehr geehrte Damen und Herren, geht die Energiewende. Unserer Partei wird hier nicht zu Unrecht die höchste Kompetenz zugeschrieben. Lassen Sie sich helfen; heute geht ein Angebot an Sie. Das, was Sie veranstalten, ist wirklich nur noch lächerlich.

Lächerlich ist auch die Argumentation zum Ausbau der Übertragungsnetze. Sie haben nicht verstanden, dass ein gutes Netz der Grundpfeiler einer hohen Versorgungssicherheit ist. Sie wollen jetzt ein Moratorium beschließen und schmeißen von einem Tag auf den anderen alles hin. Ihr Verhalten ist wirklich eine Katastrophe. Erst jetzt kümmern Sie sich darum und sind anscheinend überrascht gewesen, dass das jetzt auf einmal ansteht. Sie haben die letzten ein, zwei Jahre anscheinend verschlafen.

Bei der geplanten Südosttrasse haben Sie es schlichtweg verpennt, sich zu gegebener Zeit für eine Erdverkabelung einzusetzen. Wir haben das heute schon erwähnt. Herr Rinderspacher hat es deutlich aufgezeigt, Herr Hartmann ebenfalls. Es wäre Ihre verdammte Pflicht als Staatsregierung gewesen, dieses Projekt zur Chefsache zu machen. Stattdessen sagen Sie: Ich habe es die letzten Tage erst erfahren, oder wie auch immer. Das ist wirklich eine Frechheit. So darf man nicht mit dem Gut der Versorgungssicherheit spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich war am letzten Mittwoch gemeinsam mit 2.000 aufgebrachten Bürgern in der Meistersingerhalle in Nürnberg. Der Informationsgewinn der Veranstaltung war zwar bescheiden, weil man aufgrund der vielen Pfeifkonzerte kaum ein Wort verstehen konnte. Aber der Eindruck war umso gewaltiger. Mich wundert nicht, dass sich die Menschen wirklich allein gelassen fühlen. Die Menschen fühlen sich allein gelassen, weil man ihre Ängste und Sorgen nicht ernst nimmt. Die Ängste und Sorgen sind zum einen: Was muss ich denn von dieser Trasse erwarten? Wie schaut es mit der Strahlenbelastung aus? Da bleiben Sie Antworten schuldig. Die Staatsregierung hat hier versäumt, vor ein, zwei Jahren Informationskampagnen zu machen,

die Menschen mitzunehmen, sich aktiv für eine Erdverkabelung einzusetzen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben versäumt, die Menschen in diesem Bereich mitzunehmen. Wenn wir 100 % erneuerbare Energien wollen – Sie haben heute auch noch einmal unterstrichen, dass wir aus der Atomkraft und aus der Kohle aussteigen wollen –, dann wird es nicht ohne die Verbesserung des Leitungsnetzes gehen. Wir brauchen die Thüringer Strombrücke. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das heute noch einmal unterstrichen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Aber wir brauchen auch noch eine zusätzliche funktionierende und verlässliche Nord-Süd-Trasse. Der Stromumweg über Polen kann doch keine Dauerlösung sein.

Dann sagen Sie: Jetzt muss ich alles ganz neu machen. Was ist denn an der Novelle des EEG so neu? Es wird nachjustiert. Wir haben Veränderungen in bestimmten Bereichen, aber es wird nicht komplett auf den Kopf gestellt. Sie stellen jetzt wegen der Nachjustierung des EEG die komplette Trasse in Frage. Da wundere ich mich wirklich. Wenn ich mir jetzt ein neues Elektroauto kaufe, frage ich mich doch auch nicht: Müsstest wir dann extra neue Straßen bauen? Die Antriebstechnologie hat doch nichts mit Trassen, mit Straßen zu tun. Hier besteht keinerlei kausaler Zusammenhang. Sie haben hier die Zusammenhänge einfach nicht begriffen. Ihr geschätzter Kollege, der Herr Gabriel, den Sie heute noch einmal erwähnten, hat Ihnen heute auch noch einmal ausdrücklich widersprochen. Es gibt eben keine neue Geschäftsgrundlage.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

Zum Schluss: Herr Seehofer, Sie handeln nach dem Motto "Nach mir die Sintflut". Ihnen scheint nur noch Weniges wichtig zu sein. Wir fragen uns: Was ist Ihr Motiv? Eine von zwei möglichen Interpretationen ist gnadenloser Populismus wegen des Kommunalwahlkampfes. Heute wurde ja schon gefragt, was nach dem 15. März ist. Können sich die Bürger auf Ihre Aussagen verlassen? Ich sage Nein. Das Vertrauen haben Sie in den letzten Jahren verspielt. Die zweite mögliche Erklärung ist: eine konsequente Sabotage der Energiewende. Über Ihr genaues Motiv will ich nicht spekulieren. Sie machen auf mich jeden Fall den Eindruck, als wäre Ihnen nach dieser Legislatur alles egal.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Sie versäumen es auch, die Menschen mitzunehmen. Bei allen schwierigen Projekten, bei Trassen, bei Pumpspeichern ducken Sie sich weg. Sie sind kein Macher mehr, Sie sind ein Kneifer. Herr Blume wirft uns vor, dass wir keine Verantwortung übernehmen wollen oder können. Da muss ich schon wirklich lachen. Wir sollen uns vom Acker machen! Das ist schon wirklich eine Frechheit, Herr Blume. Ich glaube, da haben Sie die letzten Monate wirklich genauso geschlafen wie unser Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir meinen es ernst. Wir reden mit den Menschen und versuchen auch, die Energiewende umzusetzen. Wir wollen heraus aus der gefährlichen Atomkraft. Wir wollen den Klimakiller Braunkohle endlich abschaffen. Wenn durch die Energiewende Lasten entstehen, setzen wir uns dafür ein, dass sie gerecht verteilt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht in Vergessenheit gerät, für wen wir die Energiewende eigentlich machen, nämlich für unsere Kinder und Enkel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir so auftreten, dann können wir die Menschen vor Ort überzeugen. Wenn wir ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen und das technisch Machbare tun, um die Belastungen zu reduzieren, dann können wir sie mitnehmen. Das kostet viel Kraft, die wir aber gerne einsetzen.

Zum Schluss noch zu unserem Erdkabel-Antrag ein paar Worte. Die Staatsregierung hat heute die Möglichkeit, einen großen Fehler zu beheben. Sie hat nämlich im Bundestag ein Gesetz beschließen lassen, das eine Erdverkabelung bei der Südostpassage grundsätzlich ausschließt. Das kann man reparieren. Ergreifen Sie so schnell wie möglich über den Bundesrat die Initiative zur Änderung des entsprechenden Gesetzes, und machen Sie den Weg frei, dass bei der geplanten HGÜ-Trasse Lauchstädt – Meitingen eine Erdverkabelung möglich wird. Wenn Sie guten Willens sind, dann bringen Sie das auf den Weg. Ich bin mir sicher, Sie bekommen dafür im Bundestag und im Bundesrat eine parlamentarische Mehrheit. Die Unterstützung der GRÜNEN haben Sie auf alle Fälle.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN - Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Frau Kollegin Kohnen steht für die SPD-Fraktion schon bereit. Ich darf noch daran erinnern, dass nach der Debatte

fünf namentliche Abstimmungen stattfinden. Bitte schön, Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Blume, Sie können sich noch oft hier herstellen und sagen, wie viele erneuerbare Energien Bayern hat. Sie müssen sich aber daran messen lassen: Bayern hat einen Anteil von 47 % Atomstrom an der Stromerzeugung. Dazu ist kein Wort in dieser Debatte gefallen. Wenn Sie sagen, SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER hätten überhaupt keine Regierungsverantwortung, so ist das ein Schlag ins Gesicht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieser Parteien hier in Bayern. Das sei mal klipp und klar gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Ich empfinde diese Debatte, wie sie heute geführt wurde, als unwürdig. Ich sage Ihnen auch warum. Wenn ein Ministerpräsident sich zu Beginn freut und darüber feixt, dass es Gewinner- und Verliererreviere in Deutschland bei dem Jahrhundertprojekt Energiewende gibt, dann empfinde ich das als unsäglich. Uns vorzuwerfen, wir stünden nicht an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - - Ich frage Sie: Gibt es in Deutschland Arbeitnehmer erster und zweiter Klasse? Sie freuen sich darüber, dass NRW hohe, höchste Beträge in die EEG-Umlage für den Ökostrom einbezahlen muss und wir in Bayern davon profitieren. Das kann wohl nicht wirklich Ihr Ernst sein, und Sie können sich hier nicht in diesem Maße auführen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Sie, Herr Seehofer, behaupten, Sie hätten einen Superdraht zu Sigmar Gabriel und würden sich unheimlich gut mit ihm verstehen und gut mit ihm kommunizieren. Dann können Sie ihm auch kommunizieren, wie Sie sich hier über Nordrhein-Westfalen bei dieser nationalen Energiewende äußern.

Es wundert mich ein wenig, dass um 14.44 Uhr die dpa heute meldet, lieber Herr Seehofer: "Die Bundesregierung hat Kritik aus Bayern am geplanten Ausbau der Stromnetze zurückgewiesen." Mit der angestrebten Ökostrom-Reform ändere sich auch die Geschäftsgrundlage beim Netzausbau. Das lässt der Bund nicht gelten. Das lässt Ihnen der Sprecher Gabriels über die Agentur ausrichten. Sie können nachher einmal durchrufen, wie es denn so steht.

Ich kann nicht beurteilen – und dazu habe ich auch keine Lust nach den Reden, die ich aus Ihren Reihen gehört habe –, was Ihren Ministerpräsidenten dazu bewegt, eine so kopflose Energiepolitik zu fabrizieren,

wie er es gerade macht. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie in den letzten Tagen mit Wirtschaftsverbänden in Kontakt waren, dann hören Sie immer wieder den Begriff "Deindustrialisierung Bayerns". Das ist das, was die Wirtschaft fürchtet. Sie treffen mit Ihrer kopflosen Energiepolitik das Mark in diesem Land. Sie verletzen eine der ganz großen Stärken, die unser Land hat. Da müssten eigentlich bei Ihnen alle Alarmglocken läuten.

Abschließend kann ich nur zur CSU-Fraktion sagen: Ich kann Sie nicht verstehen. Ich kann nicht verstehen, wie man sich so zu einer Marionette eines einzelnen Mannes machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind doch hierher gewählt, um selbstständig Ihren eigenen Verstand einzusetzen. Sie können das doch verdammt noch mal besser. Lassen Sie sich doch nicht an der Nase herumführen! Machen Sie sich doch einmal auf den Weg zu einer anständigen Energiewende. Ihr Kollege Göppel im Bundestag macht es doch vor. Er sagt klipp und klar: Wenn die 10-H-Regelung kommt, dann ist es vorbei mit der Energiewende. Leute, ihr habt doch mehr drauf.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie können noch so oft arrogant "Äh, äh" sagen. Ich sage Ihnen nur eines: Reden Sie doch einmal mit der IHK, reden Sie mit der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Informieren Sie sich, dann vergeht Ihnen Ihre verdammt Arroganz, die Sie an den Tag legen. Darauf wäre ich nicht stolz. Aber die "Ohs" werden schon leiser. Denken Sie darüber nach. Sie sollten verdammt leise werden.

Ich kann nur noch eines sagen: Ihren Antrag lehnen wir ab. Der zweite Absatz ist völlig unklar. Was sind angemessene Regelungen für Onshore-Anlagen? Benennen Sie sie doch. 60 bis 80 %! Setzen Sie sich dafür ein.

Der dritte Absatz leidet unter Schizophrenie. Sie wollen Bundesratsinitiativen zur Erdverkabelung. Komisch, dass Sie es vorher abgelehnt haben. Sie sind in der Bundesregierung. Also bitte!

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Beim vierten Punkt sind wir bei der 10-H-Regelung. Ich habe Ihnen schon erläutert, warum das überhaupt nicht infrage kommt für uns. Da schließen wir sogar eine Allianz mit Ihrem Kollegen Göppel aus der CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Aiwanger ans Rednerpult bitten.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir haben alle miteinander noch nicht begriffen, an welchem ernsthaftem Punkt der bayerischen Geschichte wir uns derzeit bewegen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir schon!)

Wir diskutieren das Thema Energiewende wie ein Kasperltheater. Meine Damen und Herren, draußen sind Investoren, die Hunderttausende, die Millionen von Euro in Planungen gesteckt haben. Sehr viele Investoren warten auf politische Klarheit, um endlich investieren zu können, um diese Energiewende gelingen zu lassen. Und uns fällt nichts anderes ein, als seitens der Staatsregierung jedes halbe Jahr "Kommando zurück" zu pfeifen und in die andere Richtung zu rennen.

Meine Damen und Herren, wenn wir so weitermachen, dann versündigen wir uns am Wirtschaftsstandort Bayern und werden diese Fehler nicht mehr korrigieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben im Sommer letzten Jahres dem Trassenausbau im Bundestag und im Bundesrat zugestimmt. Und heute weiß man nichts mehr davon. Heute stellt sich der Kollege Füracker in Neumarkt vor seine Wähler und sagt, davon weiß er nichts, sein Bundestagskollege genauso. Meine Damen und Herren, entweder haben Sie wirklich geschnarcht und geschlafen, obwohl Sie in Verantwortung sind, oder Sie lügen jetzt die Leute an. Die Menschen draußen kennen sich nicht mehr aus.

Ich sage Ihnen in wenigen Sätzen, worauf es jetzt ankommt. Sie müssen die Energiewende vor Ort zulassen, zumindest dort, wo eine große Übereinstimmung besteht, anstatt wie in Langenzenn auf die Bremse zu treten, ein Projekt monatelang zu verzögern und erst unter dem massiven Eindruck der öffentlichen Proteste dann doch widerwillig grünes Licht zu geben, anstatt dorthin zu gehen und zu sagen: Jawohl, das ist eine Musterregion, andere können das nachahmen.

Man hat schlicht den Eindruck, dass Lobbyisten versuchen, die Energiewende zu verhindern, dass sie versuchen, Monopole festzuklopfen, und sie den Eindruck erwecken wollen, eine Energiewende wäre seitens der Bürger gar nicht erwünscht. Dieser Eindruck

ist draußen flächendeckend vorhanden. Wenn Sie mit den Leuten sprechen, sagt keiner: Nein, das ist nicht so. Jeder sagt, die Großen wollen Reibach machen, dass wir Kleinen Geld verdienen, das wollen die gar nicht. Das unterschreibt Ihnen am Stammtisch jeder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie regionale Konzepte zu, unterstützen Sie die und verhindern Sie sie nicht mit Ihrer unsäglichen 10-H-Regelung, aus der Sie jetzt versuchen herauszukommen, weil Sie merken, dass Sie in der Sackgasse stecken.

Zweiter Punkt, auf den wir FREIE WÄHLER immer hinweisen: Versuchen Sie endlich, die Speichertechnik nach vorne zu bringen, die Methanisierung. Dazu habe ich von Ihnen noch nie ein Wort gehört. Sie sagen nur seit Jahren, dass das alles wegen der Grundlastfähigkeit und so weiter nicht gehe. Aufgrund dessen könne man Sonne und Wind nicht als hauptsächliche Energieträger sehen. Sie unterlassen alles, was diesen Zustand ändern würde.

Wenn dann noch Defizite sind, müssen wir gezielt schauen, woher der Strom kommt. Es ist schlicht unreal, eine Trasse eigentlich schon abgeseget zu haben und irgendwann wahrscheinlich bauen zu wollen, während wir Braunkohlestrom aus Sachsen-Anhalt holen. Dort werden Dörfer abgesiedelt und weggebagert. Dort holen wir den Strom. Das ist Ihr Energiekonzept, meine Damen und Herren. Wo ist die Wertschöpfung für Bayern?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nächster Punkt: Schauen Sie sich an, wer die Netzbetreiber sind. Sie haben dieses wichtige Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge in Form der Stromnetze aus der Hand gegeben, anstatt zu versuchen, das Zeug wieder zurückzubekommen, damit die Politik wieder Herr im eigenen Hause ist. Amprion, 50Hertz: Wer steckt dahinter? Investmentgesellschaften, australische oder belgische Investoren bestimmen in der Politik, ob Netze gebaut werden oder nicht. Wir sind nicht mehr Herr im eigenen Haus. Holen Sie sich die Kompetenz zurück und überlegen Sie sich, was der Ausbau der Netze kostet. Der kleine Stromkunde baut sie letztlich aus, und der Investor aus Australien freut sich darüber.

Sehr viel sinnvoller wäre es doch zu überlegen, ob man vielleicht doch ein paar Gaskraftwerke hinstellt – wie groß diese auch immer sind. Es ist ein Skandal, dass man weder das eine noch das andere tut. Mit einem Gaskraftwerk könnten Sie wenigstens zwischenzeitlich die Versorgungslücken überbrücken. Wenn Sie aber so weitermachen wie bisher, dann

werden wir in zehn Jahren weder eine Leitungstrasse noch Gaskraftwerke haben. Dann werden wir gar nichts haben, und dann werden Sie die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern, weil das der einfachste Weg ist. Das steht doch im Raum, und deshalb meine klare Ansage an Sie: Sie haben in Bezug auf die Debatte über die Leitungstrasse total versagt. Sie haben der Leitungstrasse zugestimmt, wollen aber heute nichts mehr davon wissen. Sie haben kein Konzept, um auf regionaler Ebene einen Energieträger zu etablieren. Das ist eine unwürdige Politik, die Bayern massiv schadet und in deren Folge wir nach hinten fallen.

Wenn Sie sich immer rühmen, Bayern sei bei den erneuerbaren Energien führend, dann beziehen Sie sich auf die guten alten Wasserkraftwerke, die größtenteils schon gebaut worden sind, als es die CSU noch gar nicht gegeben hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Darauf berufen Sie sich, und mit diesen Wasserkraftwerken begründen Sie, warum Bayern so stark bei den erneuerbaren Energien ist. Sie müssen die Potenziale ausschöpfen, die wir heute haben. Das tun Sie nicht. Sie müssen mit den Bürgern ehrlich umgehen, und Sie müssen den politischen Willen haben, eine Energiewende für die Bürger und nicht für die Lobbyisten hinzubekommen. Dort liegt der Hase im Pfeffer.

Bewegen Sie sich also. Wir müssen massiv umsteuern: Bürgerinteressen vor Konzerninteressen und ein klarer Plan auf den Tisch. Es ist falsch, zuerst das Auto zu kaufen – im konkreten Fall der Stromtrasse zuzustimmen – und dann erst festzustellen, dass Sie keinen Führerschein haben. Also zuerst den ersten Schritt und dann erst den zweiten. Das bedeutet: Zuerst die regionalen Energiequellen, dann eine Debatte über Stromimporte – und nicht andersherum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Aiwanger, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Rinderspacher.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Aiwanger, zunächst ein herzliches Dankeschön, dass Sie als Schlussredner zum Ende einer energiepolitischen Debatte im Bayerischen Landtag noch einmal einen Akzent gesetzt haben. Ich kann jeden einzelnen Punkt von dem, was Sie eben formuliert haben, unterstreichen.

Ich habe aber eine ganz andere Frage: Seit Wochen tobt eine energiepolitische Debatte im Land. Es melden sich die IHKs und die Vereinigung der Bayeri-

schen Wirtschaft sowie die Naturschutzverbände zu Wort. Auch im Bayerischen Landtag findet heute die erste große zentrale Auseinandersetzung in der Energiepolitik statt. Wie können Sie sich erklären, dass sich ausgerechnet die Energieministerin – seit über 100 Tagen im Amt – in dieser zentralen Debatte – Sie haben es gesagt, es geht um eine historische Weichenstellung – heute nicht zu Wort meldet?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wahrscheinlich hat Herr Seehofer die Debatte als so heiß angesehen, dass er das Thema als Erster selbst abräumen und Pflöcke setzen wollte. Nach seinem Redebeitrag klangen die Mitglieder der Fraktion der CSU sehr erleichtert. Gott sei Dank hat er uns noch einmal den Hintern gerettet, haben sie zu diesem Zeitpunkt geglaubt. Jetzt hat sich aber herausgestellt, dass Sie wie ein begossener Pudel blamiert dasitzen, weil Sie keinen Plan haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit, denn wir kommen nun zu den Abstimmungen. Wir haben fünf namentliche Abstimmungen. Die erste soll fünf Minuten dauern, alle weiteren nur drei Minuten. Ich bitte Sie, dass Sie sich dann möglichst wieder auf den Platz setzen, damit wir sofort mit der nächsten namentlichen Abstimmung starten können. Das alles ist Ihre Zeit.

Ich rufe den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/544 in der geänderten Fassung zur Abstimmung auf. Ich bitte Sie, an die Urnen zu gehen. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15.45 bis 15.50 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Wir schließen die Abstimmung. Ich darf Sie bitten, kurz Platz zu nehmen, damit ich zur nächsten Abstimmung aufrufen kann. Meine Damen und Herren, bitte nehmen Sie Platz, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/556 der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.51 bis 15.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen

und Ihre Gespräche einzustellen. Wir wollen in die nächste Abstimmung eintreten.

Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/559 der SPD-Fraktion ist eröffnet. Bitte werfen Sie Ihre Karten in die Urne. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.55 bis 15.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmen werden draußen ausgezählt. Bitte nehmen Sie Platz, damit wir weitermachen können.

Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache Nummer 17/561 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.58 bis 16.01 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmung ist geschlossen. Wir wollen in die letzte der fünf namentlichen Abstimmungen eintreten. Ich bitte um etwas Ruhe. Die Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/565 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 16.02 bis 16.05 Uhr)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch diese Abstimmung ist abgeschlossen. Ich bitte darum, die Stimmen draußen auszuzählen. Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor. Dr. Michael Piazzolo und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen – Wahlfreiheit G 9/G 8" auf Drucksache 17/13, bekannt. Mit Ja haben 17, mit Nein haben 92 Abgeordnete gestimmt. Es gab 54 Stimmenthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf: